

Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen

für das

„Auswahlverfahren zur Vergabe einer Dienstleistungskonzession für den Betrieb des TNA-Standortes im Rettungsdienstbereich des ZRF Würzburg“

1. Aufforderung zur Angebotsabgabe

Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Würzburg (im Folgenden auch: der ZRF Würzburg, der ZRF oder der Konzessionsgeber) beabsichtigt, im Rahmen des Aufbaus des Telenotarzt-Systems (TNA-System) in Bayern die Dienstleistungskonzession für den Betrieb des zweiten Telenotarztstandorts (TNA-Standort) im Versorgungsgebiet Nord zu vergeben.

Es ist geplant, für das TNA-System bayernweit insgesamt drei Telenotarztstandorte (TNA-Standorte) einzurichten. Die Trägerschaft für diese TNA-Standorte liegt dabei jeweils beim zuständigen ZRF, in dessen Rettungsdienstbereich (RDB) der TNA-Standort loziert ist. Für den TNA-Standort Nord ist dies der ZRF Würzburg. Dem TNA-Standort Nord sind als Versorgungsgebiet initial die folgenden RDB zugeordnet: Würzburg, Bayerischer Untermain, Schweinfurt, Coburg, Hochfranken, Bayreuth / Kulmbach, Bamberg / Forchheim, Nürnberg,

Mittelfranken-Süd und Ansbach. Die Oberste Rettungsdienstbehörde kann das Versorgungsgebiet Nord bei Bedarf anpassen, insbesondere dem Versorgungsgebiet noch weitere RDB zuordnen.

Für die Vergabe des Betriebs des TNA-Standorts Nord **fordert der ZRF Würzburg alle interessierten Unternehmen zur Angebotsabgabe auf.**

2. Anwendbare Vorschriften

Das vorliegende Auswahlverfahren unterliegt allein den verwaltungsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere denjenigen aus Art. 2 Abs. 14, Art. 13 und 14 BayRDG sowie den einschlägigen Bestimmungen des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG). Die Bestimmungen der §§ 97 ff., 148 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Konzessionsvergabeverordnung (KonzVgV) finden nach des § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB keine Anwendung.

Zwar war die Ausnahmebestimmung des § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB (sog. Bereichsausnahme) aufgrund der landesrechtlichen Besonderheiten zunächst für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen im bayerischen Rettungsdienstwesen nicht einschlägig (siehe hierzu etwa VK Südbayern, Beschluss vom 14.02.2017, AZ: Z3-3-3194-1-54-12/16, sowie vom 10.05.2019, AZ: Z3-3-3194-1-50-12/18; OLG München, Beschluss vom 21.10.2019, Az: Verg 13/19, und BayVGH, Beschlüsse vom 26.04.2019, Az: 12 C 19.620 und 19.621). Im Zuge der Neuordnung des BayRDG durch § 1 des Gesetzes vom 22. April 2022 (GVBl. S. 132) wurde allerdings die sog. Bereichsausnahme zwischenzeitlich „umgesetzt“ (siehe dazu näher Bayerischer Landtag, Drucksache 18/19306, S. 27 f.).

Im Rahmen der Umsetzung der Bereichsausnahme hat der Gesetzgeber in Art. 14 Abs. 7 S. 2 BayRDG konkret für die Vergabe des Betriebs eines Telenotarztstandortes geregelt, dass insoweit Art. 13 BayRDG zur Anwendung komme. Gemäß Art. 13 Abs. 1 S. 2 BayRDG erfolgt die Vergabe der betreffenden Dienstleistungskonzessionen ausschließlich an gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen im Sinne des Art. 2 Abs. 14 BayRDG. Die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Nr. 4 GWB werden somit auch für die Vergabe des Betriebs eines Telenotarztstandortes erfüllt und die Bestimmungen des Konzessionsvergaberecht sind auf das vorliegende Auswahlverfahren *nicht* anwendbar. Das Auswahlverfahren ist vielmehr ausschließlich verwaltungsrechtlich

ausgestaltet (vgl. BayVGH, Beschluss vom 26.07.2024 – 12 CE 24.1035, Rn. 22 für eine Konzession nach Art. 13 Abs. 1 BayRDG).

3. Konzessionsgeber

Der ZRF Würzburg fordert zur Angebotsabgabe auf und wird den Zuschlag erteilen, also die Konzessionsverträge mit den erfolgreichen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften abschließen.

Kontaktstelle für das Auswahlverfahren ist:

ZRF Würzburg
Verbandsvorsitzende: Stv. Landrätin Christine Haupt-Kreutzer
Geschäftsstelle:
Zeppelinstr. 15
97074 Würzburg
Herr Thomas Götz
E-Mail: zrf-vergabe@lra-wue.bayern.de

4. Gegenstand der Konzession

Mit dem ausgewählten Bewerber bzw. der ausgewählten Bewerbergemeinschaft wird ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen. Die vertragsgegenständliche Leistung ist der Betrieb des TNA-Standorts Nord. Im Wesentlichen sind vom Vertragspartner die folgenden Leistungen zu erbringen:

- Aufbau der Betreiberorganisation und Bereitstellung des medizinischen und nichtmedizinischen Personals am TNA-Standort
- Auswahl und Beschaffung eines bestimmungsgemäßen Standortes inklusive notwendiger Räumlichkeiten im Gebiet des RDB Würzburg
- Ertüchtigung des Standortes und der Räumlichkeiten als Vorbereitung zur Integration der TNA-Systemkomponenten
- Inbetriebnahme des Standortes
- Mitwirkung bei Qualifizierung der Durchführenden und weiterer Beteiligten
- Durchführung eines Probetriebes des TNA-Standortes gemäß Inbetriebnahmehandbuch

- Durchführung des Regelbetriebes des TNA-Standortes (365/24/7)
- Mitwirkung und Unterstützung des Gesamtprojektes „Telenotarzt Bayern“, beispielsweise durch abgestimmte Presse- und Medienarbeit, Teilnahme an Regelterminen oder Weiterentwicklung des TNA-Systems

Eine Vergütung durch den Konzessionsgeber erfolgt nicht. Die Benutzungsentgelte für den Betrieb werden vielmehr zwischen den Durchführenden und den Sozialversicherungsträgern vereinbart, vgl. Art. 35 Abs. 1 S. 3 BayRDG. Die vom Durchführenden mit dem Angebot vorzulegende Kostenkalkulation wird bei Auftragserteilung den Kostenträgern offengelegt.

Die Grundlaufzeit des Vertrags beträgt sieben Jahre und verlängert sich um jeweils zwei weitere Jahre, sofern der Vertrag nicht durch den Konzessionsgeber mit einer Frist von 12 Monaten zum jeweiligen Ende der Laufzeit gekündigt wird. Maximal kann die Laufzeit nicht mehr als 15 Jahre betragen.

Weitere Einzelheiten zum Gegenstand der Konzession bzw. zur Leistungserbringung regeln die Leistungsbeschreibung (Anlage 1) und der Vertrag (Anlage 2).

5. Verfahrensart

Die Leistungen werden in einem einstufigen Verfahren vergeben. Es werden mithin alle interessierten Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Verhandlungen werden mit den Bewerbern bzw. den Bewerbergemeinschaften nicht geführt.

6. Verfahrensablauf (Fristen und Zeitplan)

Für das Auswahlverfahren gelten folgende Fristen:

a) Ende der Frist für Bewerberfragen

Fragen zu den Auswahlunterlagen (siehe dazu unten Ziffer 9) müssen spätestens zehn Tage vor Ablauf der Angebotsfrist, also bis zum

17.03.2026, 14:00 Uhr



dem Konzessionsgeber zugehen. Weniger als zehn Tage vor Ablauf der Angebotsfrist angeforderte Auskünfte gelten regelmäßig als nicht mehr rechtzeitig und werden vom Auftraggeber aus Gründen der Gleichbehandlung grundsätzlich nicht mehr beantwortet.

b) Ende der Angebotsfrist

Die Angebotsfrist endet am

27.03.2026, 14:00 Uhr



Angebote, die nach Ablauf der vorgenannten Angebotsfrist eingehen, werden von der Wertung ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat den verspäteten Eingang nicht zu vertreten.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote zurückgenommen werden. Das Angebot kann nach Ablauf der Angebotsfrist nicht geändert oder zurückgezogen werden.

c) Ablauf der Bindefrist der Angebote

Die Bindefrist endet am

31.07.2026.



Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft an sein / ihr Angebot gebunden und darf dieses nicht ändern, berichtigen oder zurückziehen.

d) Zeitplan

Aktuell besteht folgender Zeitplan, wobei der Konzessionsgeber zugleich darauf verweist, dass sich einzelne Termine (insbesondere diejenigen, die als „voraussichtliche“ Termine benannt sind) im Verfahrensverlauf noch ändern können:

Ende der Frist für Bewerberfragen	17.03.2026, 14:00 Uhr
Ende der Angebotsfrist	27.03.2026, 14:00 Uhr
Öffnung der Angebote	27.03.2026, 14:00 Uhr
Information der Sozialversicherungsträger nach Art. 13 Abs. 3 S. 3 BayRDG	Mitte / Ende April 2026
Voraussichtlicher Termin für Auswahlentscheidung der Verbandsversammlung	Ende April / Mitte Mai 2026
Voraussichtlicher Termin für Information der nicht berücksichtigten Bewerber / Bewerbergemeinschaften	Mitte / Ende März 2026
Voraussichtlicher Termin für Zuschlagserteilung	Ende Mai / Mitte Juni 2026
Ablauf der Bindefrist	31.07.2026
Voraussichtlicher Vertragsbeginn / Standort zugänglich für Ertüchtigung	Vier Wochen nach Zuschlagserteilung

Änderungen an den oben benannten Terminen werden allen Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften rechtzeitig mitgeteilt.

Sollte sich die Durchführung des Auswahlverfahrens aus derzeit nicht absehbaren Gründen verzögern, so werden die Bewerber ggf. zur Verlängerung der Bindefrist aufgefordert und / oder der Vertragsbeginn sowie das Vertragsende entsprechend verschoben. In diesem Fall erfolgt eine Benachrichtigung aller Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften mit der Bitte um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist und/oder der Verschiebung des Vertragsbeginns sowie des Vertragsendes. Die Zustimmung ist freiwillig, allerdings kann ein Angebot eines Bewerbers bzw. einer Bewerbergemeinschaft, der / die die Zustimmung nicht erteilt, in dem Auswahlverfahren keine weitere Berücksichtigung finden.

Der Konzessionsgeber wird nach Zuschlagserteilung den Vertrag noch einmal gesondert ausfertigen und unterzeichnen lassen. Dabei können Anpassungen auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung bzw. der Angebote vorgenommen werden, insbesondere im Hinblick auf den einschlägigen, konkreten Standort oder die Vertragslaufzeit. Inhaltlich wird der Vertrag dadurch nicht verändert.

7. Angebote

a) Inhalt und Form der Angebote

Das Angebot muss mit allen Anlagen und Nachweisen in Textform **elektronisch** über das Vergabeportal „aumass.de“ unter diesem [Link](#) eingereicht werden. Schriftliche, per Telefax oder E-Mail übermittelte Angebote werden nicht akzeptiert und führen zum Ausschluss der entsprechend übermittelten Angebote. Für das vorliegende Verfahren sind die Angebotsunterlagen im Format pdf (und das Kostenblatt in Anlage 4 **zusätzlich** als Excel-Datei im Format.xlsx) einzureichen.

Das Angebot ist unter Verwendung des Formulars in **Anlage 3** zu erstellen. Es ist mit **allen geforderten Anlagen** (siehe dazu Ziffer 1 des Angebotsschreibens in Anlage 3) einzureichen. Das entsprechend erstellte, vollständige und an den vorgegebenen Stellen unterschriebene bzw. gemäß § 126 b BGB identifizierte Angebot ist einzuscannen und im pdf-Format abzuspeichern. Dieses pdf-Dokument ist vom Bewerber über die Vergabeplattform in den verschlüsselten Angebotstresor hochzuladen. Alternativ können die bereitgestellten Formblätter auch elektronisch bearbeitet und einzeln im Angebotstresor hochgeladen werden. Das Kostenblatt in die Anlage 4 ist in beiden Fällen zusätzlich als Excel-Datei im Format .xlsx einzureichen. Die gesicherte Übertragung erfolgt mit digitalem Zeitstempel „Ende zu Ende“ verschlüsselt.

Eine **Erläuterung zur elektronischen Angebotsabgabe** findet sich unter <https://www.aumass.de/Handbuch/27.pdf>. Auf diese Erläuterung wird verwiesen. Die Angebotssummen / Angebotswerte müssen bei der Angebotsabgabe nicht gesondert angegeben werden (siehe dazu auch unten lit. d)).

Der Konzessionsgeber weist vorsorglich darauf hin, dass für das Hochladen der Dokumente in den Angebotstresor sowie die Verschlüsselung und Versiegelung ausreichend Zeit einzuplanen ist. Mit dem Hochladen der Angebote ist so frühzeitig zu beginnen, dass auf etwaige technische Probleme o. Ä. noch rechtzeitig reagiert werden kann. Sollten solche technischen Probleme auftreten, nehmen Sie bitte unverzüglich mit „aumass.de“ (<https://www.aumass.de/kontakt>) sowie mit dem Konzessionsgeber Kontakt auf. **Der Bewerber trägt das Risiko der rechtzeitigen Übermittlung.**

Die Verwendung einer **elektronischen Signatur ist nicht erforderlich.**

Alle Unterlagen sind in deutscher Sprache zu verfassen. Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**.

Änderungen und Ergänzungen an den Auswahlunterlagen sind unzulässig. Dies gilt etwa für nicht zugelassene Streichungen oder Ergänzungen an den übersandten Vordrucken, aber auch für inhaltliche Änderungen (insbesondere am Vertragsentwurf oder der Leistungsbeschreibung). Eine inhaltliche Änderung in diesem Sinne stellt auch der Verweis auf die eigenen AGB im Angebot eines Bewerbers bzw. einer Bewerbungsgemeinschaft dar. **In den Angeboten dürfen deshalb keine AGB des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft beigelegt sein noch anderweitig auf die eigenen AGB Bezug genommen werden. Andernfalls ist das Angebot grundsätzlich auszuschließen.**

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse in den Angebotsunterlagen sind vom Bewerber bzw. der Bewerbungsgemeinschaft als solche eindeutig zu kennzeichnen.

b) Sonstige Erfordernisse der Bearbeitung des Angebots

Das Angebot muss **vollständig** sein; unvollständige Angebote werden, ggf. nach erfolgloser Nachforderung (siehe dazu näher unten Ziffer 11 lit. a)), ausgeschlossen.

Änderungen des Bewerbers oder einer Bewerbungsgemeinschaft an seinen / ihren Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen an den Vertragsunterlagen sind unzulässig.

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber in den Anlagen 3 bis 7 und 10 bereitgestellten Formblätter zu verwenden. Die Auswahlunterlagen werden im pdf-Format über die e-Vergabe-Plattform „Aumass“ unter der Aumass-ID AV264FF1-EU in elektronischer Form unentgeltlich und ohne Verpflichtung zur vorherigen Registrierung oder Anmeldung zum Download zur Verfügung gestellt.

Eine kostenfreie **Registrierung** bei Aumass wird den Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften zur Gewährleistung einer reibungslosen Bewerberkommunikation während des Auswahlverfahrens aber **dringend empfohlen**. Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften, die sich nicht registrieren, obliegt es, sich eigenverantwortlich regelmäßig auf der

Vergabeplattform zu informieren, ob Änderungen an den Auswahlunterlagen vorgenommen oder Bewerberfragen beantwortet worden sind. Ergänzende Unterlagen, Antworten auf Bewerberfragen oder sonstige zusätzliche Informationen werden ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt.

c) Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote und Änderungsvorschläge sind ausgeschlossen. Nebenangebote sind Angebote, in denen der Bewerber von den Vorgaben des Konzessionsgebers in technischer, kaufmännischer oder rechtlicher Hinsicht abweicht.

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist nicht zugelassen.

d) Kostenangaben im Angebot

In dem Angebot sind die Kosten insbesondere für Personal und die Räumlichkeiten anzugeben, welche dem Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft entstehen. Hierzu ist das **Kostenblatt in der Anlage 4** zu verwenden. Die Angebotssummen / Angebotswerte müssen bei der Abgabe des elektronischen Angebotes nicht noch einmal gesondert angegeben werden. Werden solche gesonderten Angaben gleichwohl gemacht, so gelten im Fall von Widersprüchen, Unklarheiten etc. die Angaben im Kostenblatt vorrangig.

Die Kosten der Durchführung müssen so angegeben werden, dass ihre Kalkulation durch den Konzessionsgeber überprüft werden kann. Hierzu sind die Kosten gemäß der Anlage 4 aufzugliedern.

Die jeweiligen Einzelkosten sind vollständig anzugeben. Fehlende Kostenangaben in Anlage 4 können nur ausnahmsweise nachgefordert werden und haben grundsätzlich den **Ausschluss** des Angebotes zur Folge. Eine Nachforderung von Kostenangaben ist ausnahmsweise zulässig, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Die Einzelkosten müssen zudem stets zutreffend bei den betreffenden Kostenkategorien angegeben werden und dürfen nicht auf andere Kostenkategorien verteilt werden. Werden Einzelkosten im Wege einer Mischkalkulation auf andere Kostenkategorien umgelegt, kann das Angebot grundsätzlich **ausgeschlossen** werden.

Fallen in einer Kostenkategorie keine Kosten an, ist in der betreffenden Zeile der Wert „0“ anzugeben.

Eine genauere Aufschlüsselung der Einzelkosten kann durch den Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft optional auf einem gesonderten Blatt erfolgen. Der Konzessionsgeber behält sich vor, eine Kalkulation bzw. Aufschlüsselung der Kosten vom Bewerber bzw. von der Bewerbungsgemeinschaft nachzufordern und weitere Aufklärung zu verlangen.

Alle Kostenangaben im Kostenblatt sind in Euro zu beziffern. Alle Kosten sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben.

Entspricht ein im Kostenblatt angegebener Gesamtbetrag nicht der Summe der Einzelkosten, so sind die Einzelkosten maßgebend.

Zu beachten ist, dass die im Kostenblatt (siehe dort Zeilen 2 bis 8 - TNA-Vorhaltestunden) und die in Ziffern 2.4.6 und 2.4.7 der Leistungsbeschreibung genannten Kalkulationsgrundlagen zum Zwecke der Wertung ermittelt wurden. Mit der Angabe dieser Kalkulationsgrundlagen sind keinerlei Zusagen hinsichtlich der zu erwartenden Vorhaltezeiten getroffen. Die besagten Kalkulationsgrundlagen stellen insbesondere keine Garantie künftiger TNA-Vorhaltestunden dar. Bei der Angebotskalkulation sind diese Zahlen für die Sicherstellung vergleichbarer Angebote hingegen zwingend zugrunde zu legen.

Im Rahmen der Entgeltverhandlungen sind die Kostenangaben für die ersten drei Vertragsjahre als Verhandlungsgrundlage sowohl für die Kostenträger als auch für den Standortbetreiber bindend. Dies gilt allerdings nicht für den Fall, dass die Kostensteigerungen auf Verzögerungen des Projekts zurückzuführen sind, die der Bewerber nicht zu vertreten hat. Zudem sind Mengenänderungen (beispielsweise bei der Anzahl der tatsächlichen gegenüber



den prognostizierten TNA-Vorhaltestunden) bei den Entgeltverhandlungen zu berücksichtigen.

Die Kosten sind als Bruttokosten unter Berücksichtigung einer etwaigen Umsatzsteuer anzugeben. Eine Umsatzsteuer, die in den angebotenen Kosten nicht berücksichtigt ist, kann gegenüber den Kostenträgern grundsätzlich nicht geltend gemacht werden.

Ein Nachlass oder Skonto wird nicht gewertet.

Wichtiger Hinweis zur Entgelthöhe

Aus der Angabe der kalkulierten Kosten kann sich kein Anspruch ableiten, dass diese Kosten auch in der angegebenen Höhe gegenüber den Kostenträgern geltend gemacht werden können. Der Konzessionsgeber als Aufgabenträger hat keinen Einfluss auf die Entgelthöhe (vgl. Art. 35 BayRDG).

Die im Angebot angegebenen Kosten werden daher nicht Bestandteil des Vertrages mit dem Konzessionsgeber. Der Auftragnehmer hat allerdings in den Entgeltverhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern die Kostenkalkulation aus seinem Angebot zugrunde zu legen; bei Nichteinhaltung steht dem Konzessionsgeber ein Sonderkündigungsrecht des Vertrages zu. Umgekehrt besteht kein Anspruch auf einen Entgeltabschluss in Höhe der Kostenkalkulation des hier abgegebenen Angebotes. Allerdings haben sich die Kostenträger dazu bereit erklärt, sich im Rahmen der Entgeltverhandlungen an die Preiskalkulation in dem angegebenen Angebot als Verhandlungsgrundlage gebunden zu halten. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Entgeltabschluss erheblich unter der Angebotskalkulation liegen kann. Defizitausgleichsansprüche gegen den Konzessionsgeber bestehen nicht.

Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat sich ausdrücklich damit einverstanden zu erklären, dass der Konzessionsgeber das Angebot an die Sozialversicherungsträger weiterleitet.

e) Einzureichende Konzepte

aa) Standortkonzept

Der Bewerber bzw. die Bürgergemeinschaft hat mit dem Angebot ein Standortkonzept vorzulegen. Anhand des Standortkonzeptes wird auf der ersten Stufe der Angebotswertung festgestellt, ob der angebotene Standort die Anforderungen aus Ziffer 3 der Leistungsbeschreibung erfüllt.

In dem Konzept ist der angebotene Standort näher zu beschreiben. Insbesondere ist in dem Konzept im Einzelnen auszuführen, wie die Anforderungen an die Auswahl des Standortes und die technischen Anforderungen an den Standort (vgl. dazu die Tabellen 1 und 2 in Ziffer 3.1 der Leistungsbeschreibung) erfüllt werden.

Weiter sind dem Standortkonzept Grundrisspläne beizufügen, aus den hervorgeht, dass die in der Leistungsbeschreibung unter Ziffer 3.2 genannten Flächen zur Verfügung stehen.

Der Bewerber bzw. die Bürgergemeinschaft hat darauf zu achten, dass aus dem Standortkonzept klar hervorgeht, dass und wie die Anforderungen aus Ziffer 3 der Leistungsbeschreibung erfüllt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, behält sich der Konzessionsgeber die Nachforderung weiterer Angaben oder Unterlagen vor.

Für den Standort ist zudem ein Verfügbarkeitsnachweis einzureichen. Siehe dazu auch näher unten unter Ziffer 11 lit. b).

bb) Konzept Notfallrettung (Telenotarzt)

Mit dem Angebot ist ferner ein Konzept zur Durchführung der Notfallrettung (Telenotarzt) in Textform einzureichen, das im Rahmen der vierten Stufe der Angebotswertung bewertet wird. Dabei haben die Bewerber **vier Teilkonzepte** (Betriebskonzept, Konzept Ausfallsicherheit, Konzept zur Organisationsentwicklung und Personalkonzept) zu erarbeiten (siehe dazu auch die Matrix Konzeptbewertung – Anlage 10). Hinsichtlich des Inhalts der vier Teilkonzepte bestehen folgende Vorgaben:

(a) Betriebskonzept

Die Bewerber haben ein Betriebskonzept auf Grundlage der Vorgaben der Leistungsbeschreibung und des Inbetriebnahmehandbuchs vorzulegen. Die Planung soll sich auf alle wichtigen Abläufe, Tätigkeiten und Meilensteine vom Zeitpunkt der Zuschlagserteilung bis zum Vertragsende erstrecken.

Zu diesen Fragen ist im Konzept insbesondere Stellung zu nehmen (in der folgenden Reihenfolge):

- 1) Welche Aktivitäten des Bewerbers werden als kritisch für das Gesamtprojekt Telenotarzt Bayern identifiziert und welche Maßnahmen zur Absicherung sind seitens des Bewerbers vorgesehen?
- 2) Für welche Tätigkeiten sind Dienstleister und Lieferanten des Bewerbers vorgesehen und wie wird deren Leistung koordiniert und gesteuert?
- 3) Wie fügt sich das Konzept des Bewerbers in die Gesamtprojektplanung zur Einführung des Telenotarztes am Standort Nord ein? Bitte beschreiben Sie konkret, wie Schnittstellen, Zeitpläne und Ressourcen abgestimmt werden.
- 4) Welche kritischen Pfade und Abhängigkeiten bestehen zwischen den Leistungen des Bewerbers und anderen Projektbeteiligten? Wie werden diese identifiziert, bewertet und abgesichert?
- 5) Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um eine reibungslose Integration in die landesweite TNA-Infrastruktur sicherzustellen, insbesondere im Hinblick auf Technik, Kommunikation und Einsatzabläufe.
- 6) Welche Risiken sieht der Bewerber für die erfolgreiche Umsetzung am Standort Nord und wie sollen diese mitigiert werden, einschließlich technischer, personeller und organisatorischer Risiken.

Für das Betriebskonzept gelten die Ausschlusskriterien A und B. Die Bewerber haben deshalb insbesondere darauf zu achten, dass in dem Konzept wertungsfähige Angaben hinsichtlich des in der Wertungsmatrix definierten Ziels gemacht werden (siehe hierzu die Wertungsmatrix in Anlage 10 sowie die Vorgaben unter Ziffer 11 lit. d) bb)).

(b) Konzept Ausfallsicherheit

Die Bewerber haben ein Konzept zur Ausfallsicherheit des Personals vorzulegen. Dabei ist insbesondere zu plausibilisieren, wie die Besetzungsquote von mindestens 99,0 % oder ggf. einen höheren Wert erreicht werden soll.

Zu diesen Fragen ist im Konzept insbesondere Stellung zu nehmen (in der folgenden Reihenfolge):

- 1) Wie soll die in der Leistungsbeschreibung geforderte bzw. die im Rahmen des Leistungsversprechen des Bewerbers zugesicherte Besetzungsquote erreicht werden?
- 2) Wie und mit welchem Zeitverlauf sollen Personalausfälle der TNA behoben werden?
- 3) Wie soll die Verfügbarkeit des nicht-telenotärztlichen Personals des für die Erbringung der gesamten Leistung sichergestellt werden? Welche Maßnahmen zur Optimierung der Verfügbarkeit sollen durchgeführt werden?

Für das Konzept Ausfallsicherheit gelten das Ausschlusskriterium B sowie das Zuschlagskriterium 1 (Besetzungsquote). Die Bewerber haben deshalb insbesondere darauf zu achten, dass in dem Konzept wertungsfähige Angaben hinsichtlich des zu diesem Kriterium abgegebenen Leistungsversprechens gemacht werden und dass das Leistungsversprechen auf der Grundlage der im Konzept geschilderten Maßnahmen plausibel bzw. zutreffend erscheint. (siehe hierzu die Wertungsmatrix in Anlage 10 sowie die Vorgaben unter Ziffer 11 lit. d) bb)).

(c) Konzept zur Organisationsentwicklung

Die Bewerber haben ein Konzept zur Aufbau- und Ablauforganisation vorzulegen. Das Konzept soll auch die Errichtung der Organisation mit einem Bezug zu den in Ziffer 1 der Leistungsbeschreibung genannten Meilensteinen des Projektes darstellen.

Zu diesen Fragen ist im Konzept insbesondere Stellung zu nehmen (in der folgenden Reihenfolge):

- 1) Wie sollen die Aufbau- und Ablauforganisation unter Berücksichtigung der bestehenden Anforderungen etabliert und umgesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf die Skalierung im Projektverlauf?
- 2) Welche Rollen sind aus Sicht des Bewerbers innerhalb der Organisation erforderlich, um die geforderten Leistungen zu erbringen? (Mit der Antwort soll ersichtlich werden, auf Basis welcher Aufgabe der Ablauforganisation die Notwendigkeit der jeweiligen Rolle beruht.)
- 3) Welches Personal mit welchen Qualifikationen und in welchem Umfang wird für diese Rollen zu welchem Zeitpunkt des Rollouts eingesetzt?
- 4) Wie soll die Qualität der Leistungserbringung aufrechterhalten und kontinuierlich verbessert werden?
- 5) Wie werden die geforderten Zertifizierungen erbracht? Welche Anforderungen an den Organisationsaufbau ergeben sich? (Bereits vorhandene Zertifizierungen sind mit dem Angebot durch geeignete Belege nachzuweisen.)
- 6) Wie werden die Qualitätssicherung und kontinuierliche Leistungsüberprüfung während des Rollouts und im laufenden Betrieb gewährleistet? Gibt es Mechanismen zur frühzeitigen Erkennung und Behebung von Problemen?
- 7) Welche Erfahrungen hat der Bewerber mit vergleichbaren Projekten und wie fließen diese in das Konzept ein? Bitte nennen Sie konkrete Referenzen oder Lessons Learned
- 8) Wie wird die Kommunikation und Abstimmung mit dem Projektträger und anderen TNA-Standorten organisiert? Gibt es feste Strukturen, Ansprechpartner oder Tools?

Für das Konzept zur Organisationsentwicklung gelten die Ausschlusskriterien A und B. Die Bewerber haben deshalb insbesondere darauf zu achten, dass in dem Konzept wertungsfähige Angaben hinsichtlich des in der Wertungsmatrix definierten Ziels gemacht werden (siehe hierzu die Wertungsmatrix in Anlage 10 sowie die Vorgaben unter Ziffer 11 lit. d) bb)).

(d) Personalkonzept

Die Bewerber haben ein Personalkonzept vorzulegen. Ein besonderes Augenmerk soll auf der Rekrutierung bzw. Bereitstellung der TNA und der Einsatzplanung liegen. Auch auf die Auswahl, Qualifizierung und Fortbildung des Personals ist dabei einzugehen.

Zu diesen Fragen ist im Konzept insbesondere Stellung zu nehmen (in der folgenden Reihenfolge):

- 1) Wie und mit welchem Umfang an TNA (Personaleinsatzkonzept) soll der bereitzustellende Vorhalt im Sinne einer angemessenen Besetzung sichergestellt werden?
- 2) Wie stellt der Bewerber sicher, zu jedem Zeitpunkt auf die sich verändernden TNA-Vorhalte reagieren zu können, insbesondere im Fall eines sich langsamer oder schneller als prognostiziert entwickelnden Vorhaltebedarfs?
- 3) Wie soll das benötigte Personal ggf. rekrutiert werden? Bestehen gesicherte bzw. bereits konkretisierte Planungen zur Rekrutierung? Nachweise sind mit dem Angebot vorzulegen. Welche Erfahrungen und Lessons Learned aus anderen Projekten besitzt der Bieter bereits?
- 4) Sofern der Bewerber selbst durch eigenes Personal über die einzusetzenden TNA bei Vertragsschluss bereits in ausreichender Anzahl vollständig verfügt (siehe Zuschlagskriterium 2): Wie sieht der vorhandene Personalpool konkret aus? (Die diesbezüglichen Erläuterungen müssen nachprüfbar machen, ob die einzusetzenden TNA bei Vertragsschluss tatsächlich bereits in ausreichender Anzahl vollständig vorhanden sind.)
- 5) Sofern das Personal ganz oder teilweise von einem leistungsfähigen Kooperationspartner oder anderen leistungsfähigen Dritten bereitgestellt wird (siehe Zuschlagskriterium 2): Um welchen Kooperationspartner / Dritten handelt es sich? Wie sieht die Kooperation / Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner / Dritten konkret aus? Wie wird dabei konkret sichergestellt, dass die einzusetzenden TNA bei Vertragsschluss bereits vollständig in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen? (Die diesbezüglichen Erläuterungen müssen nachprüfbar machen, ob die einzusetzenden TNA bei Vertragsschluss tatsächlich bereits in ausreichender Anzahl vollständig vorhanden sind.)
- 6) Wie soll im Regelbetrieb und im Vollbetrieb ein adäquater Personaleinsatz sichergestellt werden?

- 7) Welche Chancen und Risiken werden vom Bewerber identifiziert und welche Maßnahmen zur Absicherung der Risiken sind vorgesehen?
- 8) Wie sollen Auswahl, Qualifikation und Fortbildung des Personals, insbesondere die laufende Fortbildung der TNA (siehe auch Art. 44 Abs. 2 BayRDG), durchgeführt bzw. sichergestellt werden?
- 9) Nach welchem Verfahren erfolgt ggf. die Auswahl des neu einzustellenden Personals?
- 10) Wie wird sichergestellt, dass die eingesetzten TNA jeweils die in dem betreffenden Leistungsversprechen zugesagte Mindestanzahl an Notarzteinsätzen haben bzw. die dort genannten Fortbildungen erhalten (siehe Zuschlagskriterien 3 und 4)?

Für das Personalkonzept gelten die Ausschlusskriterien A und B. Die Bewerber haben deshalb insbesondere darauf zu achten, dass in dem Konzept wertungsfähige Angaben hinsichtlich des in der Wertungsmatrix definierten Ziels gemacht werden (siehe hierzu die Wertungsmatrix in Anlage 10 sowie die Vorgaben unter Ziffer 11 lit. d) bb)). Ferner gelten für das Personalkonzept die Zuschlagskriterium 2 bis 4 (Verfügbarkeit TNA, Anzahl Notarzteinsätze TNA und Fortbildung TNA). Die Bewerber haben deshalb weiter zu gewährleisten, dass in dem Konzept wertungsfähige Angaben hinsichtlich der zu diesen Kriterien abgegebenen Leistungsversprechen gemacht werden und dass das jeweilige Leistungsversprechen auf der Grundlage der im Konzept geschilderten Maßnahmen plausibel bzw. zutreffend erscheint. (siehe hierzu die Wertungsmatrix in Anlage 10 sowie die Vorgaben unter Ziffer 11 lit. d) bb)).

(e) Allgemeine Hinweise zur Erstellung des Konzepts Notfallrettung (Telenotarzt)

Bei der Erstellung des Konzepts sind die oben genannten Vorgaben genau zu beachten. Insbesondere sind das Konzept und seine vier Teilkonzepte in der oben aufgeführten Reihenfolge zu gliedern und auch die dort genannten Fragen in der entsprechenden Reihenfolge zu beantworten. Für Konzepte, die dieser Gliederung bzw. Reihenfolge nicht oder nur teilweise folgen, kann der Konzessionsgeber möglicherweise nicht gewährleisten, dass alle Inhalte der Konzepte bei der Angebotswertung gebührend berücksichtigt werden.

Es ist darauf zu achten, dass in den Konzepten alle geforderten Angaben gemacht werden. Insbesondere ist darauf zu gewährleisten, dass das Konzept wertungsfähige Aussagen zu

allen oben genannten Fragen und (sofern einschlägig) zu allen definierten Zielen und zu allen abgegebenen Leistungsversprechen enthält. Fehlende Angaben in den Konzepten können dazu führen, dass das Angebot in einzelnen Zuschlagskriterien schlechter zu bewerten oder nach Maßgabe der Ausschlusskriterien A und / oder B auszuschließen ist. Eine Aufklärung der Konzepte oder die Nachforderung fehlender Angaben in den Konzepten erfolgt nicht, sofern die betreffenden Inhalte bzw. Angaben die Bewertung des Angebotes anhand der Zuschlagskriterien betreffen (siehe dazu auch Ziffer 11 lit. a).

Die Leistungsversprechen des Bewerbers sowie die in dem Konzept geschilderten Maßnahmen werden Vertragsgegenstand und deren Nichteinhaltung kann zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund führen, vgl. § 1 Abs. 3, § 12 und § 15 Abs. 2 des Vertrages (Teil D der Auswahlunterlagen).

Das Konzept Notfallrettung (Telenotarzt) soll im Umfang grundsätzlich 30 DIN A4 Seiten nicht überschreiten.

cc) Konzept zum Compliance-Management-System

Gemäß Art. 13 Abs. 3 S. 6 BayRDG müssen die Bewerber bzw. die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Rahmen des Auswahlverfahrens (jeweils) ein Konzept zur Einhaltung zeitgemäßer Standards für Maßnahmen, Strukturen und Prozesse zur Sicherstellung von Regelkonformität (Compliance-Management-System - CMS) vorlegen. Ein CMS verpflichtet eine Organisation zur Einhaltung und laufenden Überprüfung der Verpflichtung zur Regelkonformität. Es enthält neben Mechanismen zur Einhaltung von Gesetzen auch Mindeststandards zum Umgang der Mitarbeiter untereinander sowie im Verhältnis zu Dritten, ggf. ethische Leitlinien sowie Regelungen zur Prävention von Diskriminierung und Korruption (siehe dazu näher Bayerischer Landtag, Drucksache 18/19306, S. 30).

Das Konzept muss schlüssig und nachvollziehbar sein. Weiter muss aus dem Konzept hervorgehen, dass und wie der Bewerber in seiner Organisation zeitgemäße Standards für Maßnahmen, Strukturen und Prozesse zur Sicherstellung von Regelkonformität etabliert hat. Alternativ kann der Bewerber in seinem Konzept auch auf einen aktuellen Wirtschaftsprüfbericht verweisen, sofern dieser Feststellungen zu dem CMS des Bewerbers

enthält. In diesem Fall sind mit dem Konzept aussagekräftige Auszüge aus dem Wirtschaftsprüfbericht vorzulegen.

Eine Vorgabe für die Gliederung bzw. des Aufbaus des Konzeptes zum Compliance-Management-System besteht nicht.

f) Kosten der Angebotsbearbeitung

Für das Bearbeiten und Einreichen des Angebotes wird den Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften keine Entschädigung gewährt.

8. Bewerbungsgemeinschaften, Nachunternehmer und Eignungsleihe

a) Bewerbungsgemeinschaften

Die Abgabe von Angeboten durch Bewerbungsgemeinschaften ist grundsätzlich zulässig. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass bei paralleler Bewerbung mehrerer (über eine Bewerbungsgemeinschaft oder anderweitig verbundener) Unternehmen sowie anderen Formen einer Mehrfachbeteiligung der Wettbewerbsgrundsatz und insbesondere der Geheimwettbewerb verletzt sein kann. Dies kann zum Ausschluss der betroffenen Angebote führen. Zudem kann die Bildung einer Bewerbungsgemeinschaft eine wettbewerbsbeschränkende Abrede im Sinne von § 1 GWB darstellen und unzulässig sein. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn sich Unternehmen zusammenschließen, die als Einzelunternehmen den Auftrag allein hätten ausführen können, weil sie über die geforderten Kapazitäten, technischen Ausrüstungen und fachlichen Kenntnisse selbst verfügen (vgl. dazu beispielsweise OLG Düsseldorf, Beschlüsse vom 08.06.2016, VII-Verg 3/16 und vom 17.01.2018 – VII-Verg 39/17 sowie BayVGH, Beschluss vom 26.07.2024 – 12 CE 24.1067, Rn. 36 f.).

Die Bewerbungsgemeinschaft hat mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich abgegebene Erklärung einzureichen,

- 1) in der alle Mitglieder aufgeführt sind und eines der Mitglieder als bevollmächtigter Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages bezeichnet ist,

- 2) in der bestätigt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Konzessionsgeber rechtsverbindlich vertritt,
- 3) in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Erklärungen entgegen- und Zahlungen anzunehmen,
- 4) in der erklärt wird, dass alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages gesamtschuldnerisch haften,
- 5) in der angegeben wird, welche Rechtsform die Bewerbergemeinschaft ggf. für die Vertragsdurchführung annehmen wird,
- 6) und in der angegeben wird, welches Mitglied welche Leistungsteile / Leistungselemente ausführt.

Ist beabsichtigt, ein Angebot als Bewerbergemeinschaft abzugeben, ist die **Anlage 5** zu verwenden und vollständig auszufüllen.

Für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sind nach Maßgabe der Ziffer 11 lit. b) dieser Bewerbungsbedingungen die dort genannten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise vorzulegen.

b) Nachunternehmer und Eignungsleihe

Der Einsatz von Nachunternehmern zur Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistung ist ausgeschlossen. Auch eine Eignungsleihe ist nicht zugelassen. Die Beschäftigung von TNA im Wege der Arbeitnehmerübernehmerüberlassung ist jedoch ausdrücklich zugelassen.

9. Fragen, Hinweise und weitere Informationen

Fragen und Hinweise zu den Auswahlunterlagen sind unverzüglich und rechtzeitig in Textform innerhalb der unter oben Ziffer 6 lit. a) genannten Frist über die Vergabeplattform von aumass.de (unter Aumass ID AV264FF1-EU) an den Konzessionsgeber zu richten.

Enthalten die Auswahlunterlagen nach Auffassung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft Unklarheiten, so hat er / sie den Auftraggeber unverzüglich nach Erkennen dieser Unklarheiten und vor Angebotsabgabe darauf hinzuweisen.

Rechtzeitig gestellte Fragen und angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Auswahlunterlagen werden spätestens bis sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist beantwortet bzw. erteilt (entsprechend § 18 KonzVgV). Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Fragen einen Bezug zum Auswahlverfahren haben und dass dem Konzessionsgeber die nachgefragten Informationen vorliegen bzw. von ihm in zumutbarer Weise beschafft werden können (vgl. Beschluss der VK Südbayern vom 24.07.2018, Az. Z3-3-3194-1-11-04/18, dort Ziffer II.2.3). Weniger als zehn Tage vor Ablauf der Angebotsfrist angeforderte Auskünfte gelten regelmäßig als nicht mehr rechtzeitig und werden vom Auftraggeber aus Gründen der Gleichbehandlung grundsätzlich nicht mehr beantwortet.

Fragen und Hinweise aus dem Bewerberkreis sowie die Auskünfte des Auftraggebers dazu werden allen Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt, **außer wenn es sich bei der betreffenden Auskunft nicht um eine sachdienliche zusätzliche Information handelt** (vgl. VK Sachsen, Beschluss vom 21.01.2025 – 1/SVK/022-24).



Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Informationen (Bewerberinformationen) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform aumass.de. Eine Registrierung bei der Vergabeplattform wird den Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften dringend empfohlen, da nur so die rechtzeitige Information über ergänzende Unterlagen und Vorgaben sichergestellt wird.

Die Fortschreibung der Auswahlunterlagen erfolgt auf Grundlage der zusätzlichen Informationen an alle Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften. Die Antworten auf die Bewerberfragen aus den Bewerberinformationen sind verbindlich und modifizieren ggf. die Anforderungen der Auswahlunterlagen entsprechend. Die Bewerber haben die Angaben aus den Bewerberinformationen ihren Angeboten zugrunde zu legen. Mit Zuschlagserteilung werden auch die Antworten auf die Bewerberfragen Vertragsinhalt.

10. Öffnung der Angebote

Nach Ablauf der Angebotsfrist werden die im elektronischen Angebotstresor eingegangenen Angebote durch Vertreter des Konzessionsgebers gemeinsam geöffnet. Bewerber, Bewerbungsgemeinschaften und deren Bevollmächtigte sind nicht zugelassen

11. Angebotswertung

Die Angebotswertung erfolgt in folgenden vier Stufen:

a) Erste Stufe: Prüfung der Wertungsfähigkeit der Angebote

Die Angebote werden auf der ersten Wertungsstufe auf Vollständigkeit sowie auf rechnerische Richtigkeit geprüft. Ferner wird auf der ersten Wertungsstufe geprüft, ob die Angebote den Bewerbungsbedingungen entsprechen, insbesondere ob die Anforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllt werden.

Der Konzessionsgeber behält sich unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Kostenangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. Unterlagen, die vom Konzessionsgeber nachgefordert werden, sind spätestens zu dem vom Konzessionsgeber angegebenen Zeitpunkt einzureichen.

Vom Auswahlverfahren ausgeschlossen werden

- Angebote, die - ggf. trotz Nachfristsetzung - nicht die geforderten oder nachgeforderten Erklärungen und Nachweise sowie die geforderten Kostenangaben enthalten,
- Angebote, in denen Änderungen des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft an seinen bzw. ihren Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Angebote, in denen Änderungen oder Ergänzungen (bspw. nicht zugelassene Streichungen oder Ergänzungen an den übersandten Vordrucken; inhaltliche Änderungen insbesondere am Vertragsentwurf oder der Leistungsbeschreibung; Bezugnahme auf oder Beifügung von AGB) an den Auswahlunterlagen vorgenommen worden sind,
- Angebote, in denen die Einzelkosten nicht zutreffend bei den betreffenden Kostenkategorien angegeben werden (das gilt insbesondere, aber nicht nur, wenn Einzelkosten im Wege einer Mischkalkulation auf andere Kostenkategorien umgelegt werden),
- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, sofern der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft dies zu vertreten hat,
- nicht zugelassene Nebenangebote sowie Angebote, die Änderungsvorschläge enthalten,
- Angebote, deren Standortkonzept (siehe oben Ziffer 7 lit. e) aa) nicht erkennen lässt, dass die Anforderungen aus Ziffer 3 der Leistungsbeschreibung zum Standort erfüllt werden, und
- Angebote, bei denen eine unzulässige Form der Mehrfachbeteiligung oder eine unzulässige Bildung einer Bewerbergemeinschaft vorliegt (siehe dazu näher oben Ziffer 9).

b) Zweite Stufe: Feststellung der Eignung der Bewerber

Rettungsdienst ist eine staatliche Aufgabe und dient dem Schutz des Lebens und der Gefahrenabwehr. Dem Konzessionsgeber ist die Sicherstellungsverpflichtung vom Freistaat Bayern gesetzlich übertragen. Dies bedeutet, Leistungen des Rettungsdienstes müssen in den Vorhaltezeiten ausfallsicher für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Insofern sind die Anforderungen im Bereich der Leistungsfähigkeit an ein Unternehmen bzw. eine Organisation von herausragendem Stellenwert.

Es werden deshalb nur Angebote von Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Eignung besitzen, also fachkundig, zuverlässig und leistungsfähig sind (Art. 13 Abs. 2 S. 2 BayRDG).

Zudem kann nach Art. 13 Abs. 1 S. 2 BayRDG die Vergabe ausschließlich an gemeinnützige Organisationen und Vereinigungen erfolgen.

Ferner wird im Rahmen der Eignungsprüfung festgestellt, ob Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Diese vergaberechtlichen Bestimmungen werden auf das vorliegende Verfahren entsprechend angewendet. Demnach müssen bzw. können Bewerber vom Auswahlverfahren ausgeschlossen werden, wenn ein **Ausschlussgrund nach §§ 123 und 124 GWB** vorliegt, keine Selbstreinigung nach § 125 GWB erfolgt ist und der Zeitraum nach § 126 GWB nicht verstrichen ist. Auf den Inhalt der vorgenannten Bestimmungen, die teilweise auch in Anlage 6 (dort Ziffer 1) abgedruckt sind, wird umfänglich Bezug genommen.

Schließlich wird im Rahmen der Eignungsprüfung noch geprüft, ob ein Zuschlagsverbot wegen eines Russlandbezugs nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 vorliegt, das einer Vergabe entgegensteht.

Das Erfordernis der Zuverlässigkeit und der Gemeinnützigkeit, die Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB sowie das Zuschlagsverbot wegen eines Russlandbezugs gelten für Bewerbergemeinschaften mit der Maßgabe, dass das Nichtvorliegen der Zuverlässigkeit oder der Gemeinnützigkeit bzw. das Vorliegen eines dieser Ausschlussgründe bzw. des Zuschlagsverbots für ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft die Nichtberücksichtigung der Bewerbergemeinschaft insgesamt zur Folge hat.

Zur Beurteilung der Eignung nach Maßgabe der oben geschilderten Anforderungen sind die nachfolgend geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise mit dem Angebot vorzulegen:

1) **Eigenerklärung zur Eignung** (siehe Anlage 6 der Auswahlunterlagen). In der Eigenerklärung hat sich der Bewerber über das etwaige Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach §§ 123 und 124 GWB sowie das etwaige Bestehen eines Zuschlagsverbotes wegen eines Russlandbezugs zu erklären. Die Eigenerklärung ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft entsprechend von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

2) **Nachweis der Gemeinnützigkeit.** Der Bewerber hat nachzuweisen, dass er die Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 14 BayRDG erfüllt und eine gemeinnützige Organisation oder Vereinigung ist. Hierzu haben die Bewerber vorrangig einen entsprechenden aktuellen Feststellungsbescheid nach § 60a AO oder eine andere gleichwertige Bescheinigung über die gemeinnützige Organisationsstruktur vorzulegen (Art. 2 Abs. 14 Nr. 2 BayRDG). Kann der Bewerber einen solchen Bescheid bzw. eine solche Bescheinigung nicht vorweisen, kann er auch anderweitig den Nachweis erbringen, dass er die Voraussetzungen nach Art. 2 Abs. 14 Nr. 1 oder Nr. 3 BayRDG erfüllt. Hierzu hat er geeignete Belege einzureichen, aus denen die Erfüllung dieser Voraussetzungen hervorgeht. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

3) **Eigenerklärung zu Referenzen** (siehe Anlage 7 der Auswahlunterlagen). Die Angaben sind in dem Formblatt „Eigenerklärung zu Referenzen“ (Anlage 7) zu machen, wobei das Formblatt für jede Referenz vollständig auszufüllen ist. **Unvollständig ausgefüllte Formblätter können grds. nicht berücksichtigt werden!** Aus dem Nachweis muss die Erfüllung der entsprechenden Mindestanforderung (siehe unten) hervorgehen. Dem Konzessionsgeber wird gestattet, bei den jeweils genannten Vertragspartnern Erkundigungen zu Art, Umfang und Qualität der Leistungserbringung einzuholen. Hat sich ein Bewerber, um die Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 14 BayRDG zu erfüllen, umgewandelt oder neu gegründet, kann sich dieser auch auf die Referenzen seiner Vorgängerorganisation bzw. eines verbundenen Unternehmens berufen. Die Eigenerklärungen sind im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von einem, mehreren oder allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft und/oder der Bewerbergemeinschaft selbst vorzulegen.



4) **Nachweis über die Kenntnisse und Erfahrungen der Führungskräfte.** Der Nachweis ist in der Form einer Eigenerklärung zu führen, die der Bewerber selbst zu erstellen und dem Angebot beizufügen hat. Aus dem Nachweis muss die Erfüllung der entsprechenden Mindestanforderung (siehe unten) hervorgehen. Die Eigenerklärung

ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von einem, mehreren oder allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft und/oder der Bewerbergemeinschaft selbst vorzulegen.

5) Aktueller **Handelsregisterauszug** oder gleichwertiger Nachweis zum Gewerbebetrieb des Bewerbers, sofern dieser/dieses nicht im Handelsregister eingetragen ist. Der Nachweis ist nicht erforderlich, sofern der Bewerber bzw. das Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist und deshalb nicht ins Handelsregister eingetragen ist. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft entsprechend von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

6) Aktueller **Auszug aus dem Gewerbezentralregister** des Bewerbers. Der Nachweis ist nicht erforderlich, sofern der Bewerber bzw. das Mitglied der Bewerbergemeinschaft kein Gewerbe betreibt. Der Nachweis ist grundsätzlich auf die Person des Bewerbers (juristische Person), nicht auf die für ihn handelnden natürlichen Personen auszustellen. Kann jedoch der Nachweis aus rechtlichen Gründen nicht für die juristische Person erbracht werden, darf der Nachweis stattdessen auf die für den Bewerber handelnden natürlichen Personen ausgestellt werden. Ist der Bewerber eine natürliche Person, so ist der Nachweis auf die natürliche Person auszustellen. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft entsprechend von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

7) **Versicherungsnachweis** (in Form eines Versicherungsvertrags/ Versicherungsscheins) über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von jeweils 5.000.000 € für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Sieht die Police eine Maximierung vor, muss mindestens eine dreifache Maximierung vorliegen. Alternativ genügt eine Bestätigung des Versicherers (nicht Versicherungsmaklers) über eine entsprechende Versicherbarkeit im Auftragsfall. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen, die die vertraglich geschuldeten Leistungen im eigenen Unternehmen durchführen sollen.

8) **Nachweis über die Verfügbarkeit der Räumlichkeiten.** Der Nachweis ist im Wege eines Fremdnachweises beispielsweise durch Vorlage eines Grundbuchauszugs, eines Mietvertrages bzw. eines entsprechenden Vorvertrages in dem Angebot zu führen. Aus dem Nachweis muss einerseits die genaue Adresse des

Standortes hervorgehen, die im Rettungsdienstbereich des ZRF Würzburg liegen muss. Andererseits muss aus dem Nachweis hervorgehen, dass der Standort für die gesamte Laufzeit des Vertrages zur Verfügung steht. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von dem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, das über die betreffenden Räumlichkeiten verfügt bzw. verfügen wird, oder von der Bewerbergemeinschaft selbst vorzulegen, sofern diese über die Räumlichkeiten verfügt bzw. verfügen wird.

9) **Konzept zum Compliance-Management-System** (siehe dazu auch oben Ziffer 7 lit. e) cc)). Der Bewerber hat mit seinem Angebot ein schlüssiges und nachvollziehbares Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, dass und wie der Bewerber in seiner Organisation zeitgemäße Standards für Maßnahmen, Strukturen und Prozesse zur Sicherstellung von Regelkonformität etabliert hat. Alternativ kann der Bewerber in seinem Konzept auch auf einen aktuellen Wirtschaftsprüfbericht verweisen, sofern dieser Feststellungen zu dem CMS des Bewerbers enthält. Das Konzept ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen.

Ausländische Bewerber, Bewerbergemeinschaften oder Mitglieder von Bewerbergemeinschaften müssen anstelle der oben unter Ziffer 5) und Ziffer 6) geforderten Bescheinigungen gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes in beglaubigter deutscher Übersetzung vorlegen.

Hinsichtlich der Eignung der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften gelten ferner die folgenden **Mindestanforderungen**:

- 1) Vorlage einer Eigenerklärung des Bewerbers, aus der hervorgeht, dass kein Ausschlussgrund nach §§ 123 ff. GWB und kein Zuschlagsverbot wegen eines Russlandbezugs nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 vorliegt. Die Eigenerklärung ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft entsprechend von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft vorzulegen und es darf sich hieraus für kein Mitglied der Bewerbergemeinschaft ein Ausschlussgrund oder Zuschlagsverbot ergeben.

- 2) Nachweis des Bewerbers, dass er eine gemeinnützige Organisation oder Vereinigung ist und somit die Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 14 BayRDG erfüllt. Der Nachweis ist im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.
- 3) Benennung einer Referenz aus den Jahren 2021 bis 2025, die vergleichbare Leistungen über eine Dauer von mindestens einem Jahr (12 Monate) zum Gegenstand hat. Die Vergleichbarkeit der Referenz muss insbesondere, um als vergleichbar zu gelten, den Aufbau oder die Führung einer Organisation mit Bezug zur Notfallversorgung und/oder der Notfallrettung zum Gegenstand haben, wobei die Personalstärke der Organisation eine Anzahl von 20 Stellen (Vollzeitäquivalent) im Jahresdurchschnitt nicht unterschreiten darf.
- 4) Nachweis, dass die Führungskräfte des Bewerbers über Kenntnisse und Erfahrungen im Aufbau oder in der Führung einer Organisation mit Tätigkeitsbezug zur Notfallversorgung oder der Notfallrettung verfügen. Mindestens gefordert sind Erfahrungen von fünf Jahren. Weiter ist nachzuweisen, dass die Führungskräfte des Bewerbers über Kenntnisse und Erfahrungen in der Führung medizinischen Personals verfügen. Mindestens gefordert sind Erfahrungen von fünf Jahren.
- 5) Nachweis über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von jeweils 5.000.000 € für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Sieht die Police eine Maximierung vor, muss mindestens eine dreifache Maximierung vorliegen. Alternativ genügt eine Bestätigung des Versicherers (nicht Versicherungsmaklers) über eine entsprechende Versicherbarkeit im Auftragsfall.
- 6) Nachweis, dass dem Bewerber geeignete Räumlichkeiten für Errichtung des Standortes zur Verfügung stehen, wobei der Standort im Rettungsdienstbereich des ZRF Würzburg liegen und für die gesamte Laufzeit des Vertrages zur Verfügung stehen muss.
- 7) Vorlage eines Konzepts zum Compliance-Management-System (CMS) des Bewerbers, das schlüssig und nachvollziehbar ist, und aus dem hervorgeht, dass der Bewerber zeitgemäße Standards für Maßnahmen, Strukturen und Prozesse zur Sicherstellung von Regelkonformität etabliert hat. Alternativ kann der Bewerber in seinem Konzept auch auf einen aktuellen Wirtschaftsprüfbericht verweisen, sofern dieser Feststellungen zu dem CMS des Bewerbers enthält. Der Nachweis (Konzept und ggf. Prüfbericht) ist

im Falle der Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Neben den vorgenannten Ausschlussgründen und Mindestanforderungen prüft der Konzessionsgeber schließlich anhand der vorgelegten Unterlagen, ob die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften allgemein über die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen erforderliche Eignung verfügen (**materielle Eignungsprüfung**).

c) Dritte Stufe: Angemessenheit der Leistungskosten

Auf Angebote, bei denen die angegebenen (Gesamt-)Kosten in offenbarem Missverhältnis zur angebotenen Leistung stehen (sog. Unterangebote), wird der Zuschlag nicht erteilt. Deshalb wird auf der dritten Stufe die Angemessenheit der in den Angeboten angegebenen Durchführungskosten geprüft.

Erscheint dabei ein Angebot im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, so wird der Konzessionsgeber vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft Aufklärung verlangen. Der Konzessionsgeber berücksichtigt bei Prüfung des Angebotes und bei seiner Entscheidung über einen etwaigen Ausschluss eines Unterkostenangebotes die Maßgaben aus § 60 VgV sowie die betreffende vergaberechtliche Rechtsprechung entsprechend.

d) Vierte Stufe: Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Die Wertung der Angebote auf der vierten Stufe erfolgt anhand der nachfolgenden Zuschlagskriterien (Hauptkriterien):

Lfd. Nr.	Hauptkriterium	Gewichtung	Maximale Wertungspunkte
1	Leistungskosten	50 %	500
2	Konzeptbewertung	50 %	500

Die in den einzelnen Kriterien erreichten Wertungspunkte werden addiert und so eine Gesamtpunktzahl ermittelt. Die höchstmögliche Summe, die erreicht werden kann, beträgt 1000 Punkte. Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den Zuschlag.

aa) Zur Bewertung im Hauptkriterium 1 „Leistungskosten“

Die Wertung im Hauptkriterium 1 erfolgt auf Grundlage des im Kostenblatt (Anlage 4 der Auswahlunterlagen) angegebenen Angebotsgesamtkosten (Wertungssumme), wobei folgende Formel zur Ermittlung der Punktzahl (P) angewandt wird:

$$P = 500 \times \left(2 - \frac{\text{Wertungssumme des zu wertenden Angebotes}}{\text{Wertungssumme des günstigsten Angebotes}} \right)$$

„Wertungssumme des günstigsten Angebotes“ ist dabei definiert als die Wertungssumme desjenigen Angebotes, das unter den Angeboten, die auf den ersten drei Wertungsstufen (siehe oben lit. a) und lit. c)) nicht ausgeschlossen wurden, die geringste Wertungssumme aufweist.

Fiktives Berechnungsbeispiel:

Das zu wertende Angebot weist in Anlage 4 eine Wertungssumme in Höhe von 1.500.000 € auf. Das kostengünstigste, berücksichtigungsfähige Angebot hingegen beziffert die Wertungssumme in Anlage 4 auf einen Betrag von 1.000.000 €. Das zu wertende Angebot erhält somit eine Punktzahl $P = 500 \times \left(2 - \frac{1.500.000 \text{ €}}{1.000.000 \text{ €}} \right) = 500 \times (2 - 1,5) = 250$.

Hinsichtlich der Kostenangaben in Anlage 4 wird auf die Ausführungen oben unter Ziffer 7 lit. d) „Kostenangaben im Angebot“ verwiesen. Insoweit wird auch nochmals darauf hingewiesen, dass Angebote, in denen die Einzelkosten nicht zutreffend bei den betreffenden Kostenkategorien angegeben werden, insbesondere wenn Einzelkosten im Wege einer Mischkalkulation auf andere Kostenkategorien umgelegt werden, auf der ersten Wertungsstufe ausgeschlossen werden (siehe oben lit. a)).

bb) Zur Bewertung im Hauptkriterium 2 „Konzept Notfallrettung (Telenotarzt)“

Im Hauptkriterium 2 werden die Konzepte der Bewerber bzw. Bürgergemeinschaften zur Durchführung der Notfallrettung (Telenotarzt) bewertet. Zur Bewertung im Hauptkriterium 2 wird zunächst auf die entsprechende Wertungsmatrix in der Anlage 10 verwiesen. Für die Bewertung des Konzeptes bzw. seiner vier Teilkonzepte gilt ferner Folgendes:

(a) Bewertung der Teilkonzepte anhand der Ausschlusskriterien

Zunächst ist festzustellen, ob die Konzepte Ausschlusskriterien erfüllen. Dazu wurden für die vier Teilkonzepte in der Wertungsmatrix (Anlage 10, dort dritte Spalte) jeweils Ausschlusskriterien definiert. Es gibt zwei Kategorien von Ausschlusskriterien (Ausschlusskriterien A und B):

Bei einem **Ausschlusskriterium A** wird geprüft, ob aus dem Konzept hervor geht, dass dieses das in der dritten Spalte der Wertungsmatrix für das jeweilige Konzept definierte Ziel in hinreichender Weise erreicht. Ist dies nicht der Fall oder enthält das Konzept keine wertungsfähigen Aussagen hierzu, so ist das Angebot auszuschließen.

Bei einem **Ausschlusskriterium B** wird festgestellt, ob das Konzept die Vorgaben der Leistungsbeschreibung erfüllt. Ist dies nicht gegeben, so hat dies den Ausschluss des Angebotes zur Folge.

(b) Bewertung der Teilkonzepte anhand der Zuschlagskriterien

Weiter werden Konzepte teilweise anhand von Zuschlagskriterien (siehe Spalten 5 und 6 der Wertungsmatrix – Anlage 10) bewertet. Dabei werden die vom Bewerber in Spalte 7 der Wertungsmatrix angekreuzten Angaben (Leistungsversprechen) vom Konzessionsgeber anhand der eingereichten Konzepte dahin überprüft, ob das jeweilige Leistungsversprechen auf der Grundlage der im Konzept geschilderten Maßnahmen plausibel bzw. zutreffend erscheint. Ist dies zu bejahen, so werden die in der Matrix für das betreffende Leistungsversprechen vorgesehenen Punkte vom Konzessionsgeber vergeben. **Wird dies verneint, fehlen in dem Konzept wertungsfähige Angaben hierzu oder widersprechen**

diese Angaben den gemachten Leistungsversprechen, so wird in dem jeweiligen Zuschlags- bzw. Unterkriterium die Punktzahl 0 vergeben. Ist in dem Formblatt von dem Bewerber bei einem Zuschlags- bzw. Unterkriterium keine Angabe gemacht (kein Leistungsversprechen angekreuzt), so wird in dem jeweiligen Kriterium ebenfalls die Punktzahl 0 vergeben.

Die Bewerber haben darauf zu achten, dass die Konzeptangaben nicht im Widerspruch zu ihren Leistungsversprechen stehen, sondern diese plausibilisieren!

12. Vertraulichkeit und Datenschutz

Die vorliegenden Auswahlunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes und zur Erfüllung des eventuellen Auftrages genutzt werden. Jede Benutzung oder Weitergabe – auch auszugsweise – für andere Zwecke ist untersagt. Über sämtliche den Bewerbern bzw. Bewerbergemeinschaften zur Kenntnis gelangten vertraulichen Informationen ist – auch nach Beendigung des Auswahlverfahrens – Verschwiegenheit zu bewahren. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft haben die mit der Erstellung des Angebotes befassten eigenen und gegebenenfalls sonstigen Mitarbeiter hierzu im Voraus zu verpflichten.

Der Konzessionsgeber wird keine als vertraulich gekennzeichneten Informationen aus den Angeboten der Bewerber weitergeben. Hiervon ausgenommen sind Informationen, die der Konzessionsgeber an die Kostenträger im Rahmen seiner Verpflichtung nach Art. 13 Abs. 3 S. 2 BayRDG weiterleitet. Zudem leitet der Konzessionsgeber Informationen aus den Angeboten an Rücker + Schindele Beratende Ingenieure GmbH (fachliche Begleitung des Auswahlverfahrens) und an das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration weiter. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat sich ausdrücklich damit einverstanden zu erklären, dass der Konzessionsgeber das Angebot an die Sozialversicherungsträger, an die Rücker + Schindele Beratende Ingenieure GmbH und an das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration weiterleitet. Mit der Abgabe der Angebote erklären sich die Bewerber zudem mit der Speicherung und der Verarbeitung der im Angebot angegebenen Daten einverstanden. Ergänzend wird auf das Hinweisblatt in Anlage 12 (Hinweisblatt zu den Informationspflichten gemäß Artikel 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung) verwiesen.

13. Rechtsbehelfe



Für das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere diejenigen aus Art. 2 Abs. 14, Art. 13 und 14 BayRDG sowie des BayVwVfG, ist zuständig das

Bayerische Verwaltungsgericht Würzburg
Burkarderstraße 26
97082 Würzburg
Tel.: 0931/41995-0
Fax.: 0931/41995-299
E-Mail: poststelle@vg-w.bayern.de

Bewerber und Bewerbergemeinschaften, deren Angebot nicht berücksichtigt werden soll, werden einen Monat vor Vertragsschluss über das Ergebnis der Auswahlentscheidung informiert

14. Übersicht Anlagen / weitere Auswahlunterlagen

Folgende Anlagen bilden gemeinsam mit dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe / diesen Bewerbungsbedingungen die Auswahlunterlagen:

- Leistungsbeschreibung – aktualisiert (Anlage 1) 
- Vertrag (Anlage 2)
- Angebotsformblatt (Anlage 3)
- Kostenblatt – neu (Anlage 4) 
- Formblatt Erklärung der Bewerbergemeinschaft (Anlage 5)
- Formblatt Eigenerklärung zur Eignung (Anlage 6)
- Formblatt Eigenerklärung zu Referenzen (Anlage 7)
- Anlage zur Leistungsbeschreibung - Inbetriebnahmehandbuch (Anlage 8)
- Hinweisblatt zu den Informationspflichten gemäß Artikel 13 und 14 EU-DSGVO (Anlage 9)
- Matrix Konzeptbewertung – aktualisiert (Anlage 10) 